

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	III
Quellenverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Einleitung	1

1. Teil: Das Elektrofahrzeug

I. Einleitung	5
II. Begriffsbestimmungen	6
III. Kennzeichnung von Elektrofahrzeugen	7
A. Kennzeichnung auf Bundesebene	7
B. Kennzeichnung auf Gemeindeebene	9
IV. Straßenverkehrszeichen für Elektrofahrzeuge	11
A. Stellplätze für Elektrofahrzeuge	11
B. Carsharing	14
1. Carsharing auf Grundlage zivilrechtlicher Gestattungsverträge	15
2. Anwendungsbereich StVO	16
3. Privatrechtlicher Anspruch auf Unterlassung und Besitzstörungsklage ...	17
4. Rechtsgrundlage für das Aufstellen von Halte- und Parkverboten ausgenommen Carsharing-Fahrzeuge	17
5. Fazit	18
V. Die Regelungen für Elektrofahrzeuge im Immissionsschutzgesetz-Luft	20
A. Die Maßnahmen für Kraftfahrzeuge mit Bezug zur Elektromobilität	21
B. Die rechtliche Einordnung der Umweltzone in Österreich	21
C. Die Sonderfrage der Gleichbehandlung von Elektrofahrzeugen bei Geschwindigkeitsüberschreitungen	24
VI. Die Typgenehmigung	26
A. Europäisches Recht	26
1. Einleitung	26
2. Die Rahmenrichtlinie (2007/46/EG) über die Kraftfahrzeug-Genehmigung	27
3. Die Verordnung (EG) 715/2007 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Pkw und Nutzfahrzeugen	28

B. Internationales Recht	29
1. Einleitung	29
2. Die WP.29-Übereinkommen zum Erlass von internationalen Normen	30
a. Übereinkommen von 1958 über die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen für Radfahrzeuge (UN-Regelungen)	30
b. Übereinkommen von 1998 über die Festlegung globaler technischer Regelungen für Radfahrzeuge (UN-GTR-Normen)	30
c. Übereinkommen von 1997 über einheitliche Bedingungen für periodische technische Untersuchungen von Radfahrzeugen	31
3. Die wichtigsten UN-/UN-GTR-Regelungen betreffend Elektrofahrzeuge	31
a. Die UN-R100 (Sicherheit)	31
b. Die UN-R101 (Emissionen)	31
c. UN-R85 (Motorleistung)	33
d. Empfehlungen zu Geräuschanforderungen für leise Kraftfahrzeuge ...	33
C. Nationales Recht	34
1. Anwendungsfall: Erstmaliger Import eines Elektrofahrzeuges nach Österreich	34
2. Anwendungsfall: Entwicklung und Fertigung eines Elektrofahrzeugs in Österreich	35
3. Anwendungsfall: Umbau eines konventionellen Fahrzeugs in ein Elektrofahrzeug	36
VII. Der Geräuschpegel von Elektrofahrzeugen	36
A. Allgemeines	36
B. Einführung von AVAS mit VO (EU) 540/2014 über den Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen	37
VIII. Sonderbestimmungen für Elektrofahrzeuge in der Logistik	39
A. Ausweitung des Führerschein B für E-Transporter von 3,5 auf 4,25 t	39
B. Berücksichtigung des Batteriegewichts im Schwertransport	42
C. Exkurs: Blockchain in der Logistik	42
IX. Das Elektrofahrrad	43
A. Begriffsbestimmungen	43
B. Abgrenzung der Einordnung nach StVO und KFG	44
X. Die Entsorgung von Elektrofahrzeugen	46
XI. Exkurs: Automatisiertes Fahren	47
A. Einleitung	47
B. Begriffsbestimmungen	49
C. Internationales/EU Recht	50
D. Nationale Rechtsgrundlagen	52
1. Ausnahmeermächtigung von den Lenkerpflichten gemäß § 102 KFG	52
2. Verordnung über Rahmenbedingungen für automatisiertes Fahren	53

2. Teil: Die Ladeinfrastruktur

I.	Begriffsbestimmungen	57
A.	Begriffsbestimmungen zur Ladeinfrastruktur	57
B.	Überblick über den österreichischen Strommarkt	58
C.	Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energiequellen in Österreich	59
II.	Die Errichtung von Ladeinfrastruktur	61
A.	EU-Recht	61
1.	Die RL 2014/94/EU zum Aufbau der Ladeinfrastruktur für alternative Kraftstoffe	61
a.	Die Vorarbeiten zur RL 2014/94/EU	61
b.	Die wesentlichen Bestimmungen der RL zu Elektromobilität	62
aa)	Erstellung eines nationalen Strategierahmens	62
bb)	Einhaltung vorgegebener technischer Standards	62
cc)	Maximale Barrierefreiheit der Betreiber und der Nutzer	63
dd)	Nutzerinformationen	64
2.	Die Novelle zu RL 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD)	65
B.	Nationale Rechtsgrundlagen zur Errichtung von Ladeinfrastruktur	66
1.	Die Ladeinfrastruktur im Elektrizitätsrecht	67
2.	Die Ladeinfrastruktur im Elektrotechnikrecht	69
a.	Das österreichische Elektrotechnikgesetz und die Elektrotechnikverordnung	69
b.	Exkurs: Internationale Normung	70
3.	Die Ladeinfrastruktur im Baurecht	72
a.	Einführung	72
b.	Die Wiener Bauordnung und das Wiener Garagengesetz 2008	74
c.	Die niederösterreichische Bauordnung 2014	75
d.	Das Steiermärkische Baugesetz 1995	76
e.	Die Oberösterreichische Bautechnikverordnung 2013	77
f.	Das Burgenländische Baugesetz 1997 und die Burgenländische Bauverordnung 2008	77
g.	Die Kärntner Bauordnung 1996	78
h.	Das Salzburger Baupolizeigesetz 1997 und das Salzburger Bautechnikgesetz 2015	79
i.	Die Tiroler Bauordnung 2011	80
j.	Das Vorarlberger Baugesetz 2001	80
k.	Zusammenfassung und Überblick	81
4.	Die Ladeinfrastruktur im Wohnrecht	81
a.	Einleitung	81
b.	Die Errichtung von Ladeinfrastruktur in Mehrparteienhäusern im Wohnungseigentum	83
aa)	Wohnungseigentümer rüstet auf eigene Kosten seinen Stellplatz mit Ladestation aus	83

bb) Mehrere Wohnungseigentümer möchten die gemeinsam genutzte Garage mit Ladeinfrastruktur ausstatten	87
c. Die Errichtung von Ladeinfrastruktur in Mehrparteienhäusern im Mietrecht	87
aa) Die Errichtung einer Ladestation in einem Mietobjekt im Vollanwendungsbereich des MRG	87
bb) Die Errichtung einer Ladestation in einem Mietobjekt im Teil- und Nichtanwendungsbereich des MRG	90
d. Vergleich mit der deutschen Rechtslage	91
e. Fazit	93
5. Straßenpolizeiliche Bewilligung für die Benutzung einer öffentlichen Straße zu verkehrsfremden Zwecken	93
6. Gebrauchs-/(Benutzungs-)Abgabe und Gebrauchsbewilligung auf Gemeindeebene	94
7. Checkliste für die Errichtung von Ladeinfrastruktur	95
III. Der Betrieb von Ladeinfrastruktur	96

3. Teil: Die Rechtsgrundlagen im Förderwesen

I. Das EU-Beihilfenrecht	99
A. Allgemeines	99
B. Die Gruppenfreistellungsverordnung	101
1. Die europäischen Vorgaben zu Forschungsförderung	102
2. Die europäischen Vorgaben zu Umweltschutzförderung	104
C. Die De-minimis-Verordnung (EU) 1407/2013 der Kommission	104
II. Die nationalen Förderrechtsgrundlagen	105
A. Die österreichische Forschungsförderung in der Praxis	105
1. Der nationale Rechtsrahmen der Forschungsförderung	105
2. Die wichtigsten nationalen Forschungsprogramme für die Elektromobilität	106
3. Die Einreichung eines Fördervorhabens in der Praxis	108
B. Die österreichische Umweltförderung in der Praxis	110
1. Der nationale Rechtsrahmen der Umweltförderung	110
2. Die wichtigsten Umweltschutzprogramme für die Elektromobilität	111
3. Die Einreichung eines Fördervorhabens in der Praxis	112
C. Direktvergabe nach dem Bundesvergabegesetz	112
D. Das Steuerprivileg für Elektrofahrzeuge	113
1. Steuerliche Besserstellung von Elektrofahrzeugen bis zur Steuerreform 2015/2016	113
2. Entfall des Sachbezugs bei privater Nutzung des Elektrofahrzeugs	114
3. Berechtigung zum Vorsteuerabzug bei Dienstfahrzeugen	115

4. Teil: Elektromobilität in der Europäischen Union und ausgewählten Ländern	
I. Die Rechtsakte der Europäische Union zur Förderung von Elektromobilität	119
A. Einleitung	119
B. Die wichtigsten Meilensteine der europäischen Verkehrs- und Energiepolitik 1995–2017	120
1. Die Festlegung der 20-20-20 Ziele und begleitende Maßnahmen	120
2. Die Festsetzung von verpflichtenden Emissionsnormen für neue Pkw und leichte Nutzfahrzeuge	121
3. Das Weißbuch Verkehr	121
4. Das Maßnahmenpaket “Clean Power for Transport”	122
5. Das Klimaschutzabkommen von Paris	122
6. Eine europäische Strategie für emissionsarme Mobilität	123
C. Die europaweite Festsetzung der CO ₂ -Grenzwerte und ihr Einfluss auf die Elektromobilität	125
1. Einleitung	125
2. Die VO (EG) 443/2009 zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Pkw	126
3. Ausblick	129
II. Ausblick: Elektromobilität Quo Vadis?	130
A. Einleitung	130
B. Kalifornien, Norwegen und China – Vorreiter der Elektromobilität	131
1. Einleitung	131
2. Das kalifornische Zero-Emission-Programm	131
3. Das norwegische Steuermodell für Elektromobilität	135
4. Elektromobilität “Made in China”	136
C. Eine europäische Quote für Elektrofahrzeuge?	140
Anhang	
Anhang I: Strategien zur Einführung von Elektromobilität in Österreich und den Bundesländern	143
Anhang II: Ankaufsförderungen in Österreich und den Bundesländern	147
A. Bundesweite Förderungen für Unternehmen, Gemeinden und Vereine	147
B. Bundesweite Förderungen für Privatpersonen	148
C. Landesförderungen für Unternehmen, Gemeinden, Vereine und Privatpersonen	149
Anhang III: Gesetzesmaterialien zu Elektromobilität	154
A. Nationale Rechtsgrundlagen	155
B. EU-Rechtsgrundlagen	176
Stichwortverzeichnis	207